

Heikle Balance

Darf Nachhaltigkeit nur auf die Umwelt zielen? Eine Erwiderung

In der ZEIT Nr. 5/12 positionieren sich eine Autorin und drei Autoren gegen das Nachhaltigkeitskonzept, unterstellend, es gäbe ein solches als *Common Sense*. In dem, was sie dafür halten, sehen sie paradoxerweise eine Gefahr für die »eigentliche«, nämlich die ökologische Nachhaltigkeit. Die Paradoxie ist, bezogen auf das menschliche Handeln, insbesondere das gut gemeinte, immer eine hilfreiche Denkfigur. Oft holen uns die Nebenfolgen von Handlungen ein, die auf die Lösung eines Problems zielen, dabei aber eine Reihe anderer schaffen. So wie etwa in Australien die Einführung einer Krötenart zur Bekämpfung einer Insektenplage eine Krötenplage bescherte. Wie gut, dass niemand das System Wetter »verbessern« kann.

Für vorherrschend hält die Autorengruppe ein Verständnis von Nachhaltigkeit, das maßgeblich auf die Brundtland-Kommission zurückgeht und seinerseits das deutsche Konzept der nachhaltigen Waldbewirtschaftung aus dem 16. Jahrhundert abgelöst hat. Es betone die Gleichrangigkeit von ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeitszielen als Voraussetzung für eine mehrheitsfähige Politik. Dadurch, so die Autoren, biete es aber die Legitimation, ökologische Ziele letztlich den anderen unterzuordnen. Nach dem Motto: Naturschutz ja, soweit er die anderen Ziele nicht beeinträchtigt. Nachhaltigkeit werde »heute in erster Linie als eine Frage der Gerechtigkeit interpretiert«. Es gehe »um eine faire Verteilung von Gütern und Chancen«. Das sei aber ein Fehler, denn ohne intakte Natur gebe es überhaupt nichts zu verteilen – so lautet das Hauptargument.

In der Tat läuft es in der Politik so, wie es von den Autoren kritisiert wird. Aber der erste Fehler in der Argumentation der Gruppe ist, die Realpolitik mit dem Konzept selbst zu verwechseln. Für die Natur wäre es im Übrigen zweifellos das Beste, wenn der Mensch verschwände. Tut er aber nicht. Also sollte man mit ihm rechnen – und auch soziale und ökonomische Fragen berücksichtigen.

Der zweite Fehler ist, nicht zwischen opportunistischer Realpolitik und einer politischen Nachhaltigkeitsstrategie zu unterscheiden, welche im Weltmaßstab für eine nachhaltige Balance der Zielsetzungen sehen könnte. Die vier unterscheiden das nicht, weil sie die Frage, wie man »die Menschen« oder »die Politik« für eine ernsthafte Verfolgung dieses Balanceaktes gewinnen könnte, offenbar überhaupt nicht interessiert – jedenfalls nicht in diesem Beitrag. Schlimmer noch: Es gibt keine benennbaren Vertreter des von ihnen kritisierten Verständnisses (»es geht heute um ...«, »man macht ...«). Dieses Verständnis empfinden die Autoren schlicht als vorherrschend.

Das ist absurd. Wo stehen denn soziale Ziele – etwa der umweltgerechten Bildung, der Sozialintegration, der Bekämpfung des Hungers und so fort – gleichrangig neben ökonomischen oder ökologischen? Wo weicht ein

Urwald der Anpflanzung von Ölsaaten aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit? Wie die ökologischen werden auch die sozialen Zieldimensionen nur unter dem Apriori der Wirtschaftsförderlichkeit zum Diskurs zugelassen. Das ist die vorherrschende Maxime.

Die Idee der Gleichrangigkeit der Ziele war und wäre immer noch ein enormer Fortschritt, wenn sich ihr außer der kleinen Schar der Wachstums- und Gesellschaftskritiker größere Teile der Gesellschaft anschließen. Die Umsetzung oder wenigstens die ernsthaftere Verfolgung dieser Idee hätte revolutionäre, kaum absehbare Umbrüche in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zur Folge. Dass die Verfasser des Beitrags das nicht teilen können, obwohl sie doch die Priorisierung des Ökonomischen gegenüber dem Sozialen und der Natur kritisieren, müssen sie erklären.

Natürlich gibt es keine »Harmonie« zwischen diesen Zielen – die prekäre Aufgabe ergibt sich ja gerade daraus, dass sie konfliktieren. Diese Aufgabe nun mit einer nur »logischen« Argumentation lösen zu wollen, das eine sei zu priorisieren, weil es sonst das andere nicht gebe, ist seltsam blutleer. Und frappierend dazu, befassten sich doch die vier Schreibenden nach Angaben der ZEIT »seit mehr als einem Vierteljahrhundert mit den Beziehungen zwischen Ökonomie und Ökologie«.

Vielleicht hätten sie sich auch mit Politik und Gesellschaft befassen sollen. Oder wenigstens mit den Grundfragen des ökonomischen Systems. Dann hätten sie fragen müssen, woher der Wachstumszwang eigentlich rührt, statt ihn nur als kollektiven Irrtum zu behandeln. Dann hätten sie den Kapitalismus als herrschende Verfassung des Wirtschaftens erkennen und infrage stellen müssen. Aber dazu fehlte ihnen die Einsicht oder der Mut. Stattdessen fordern sie harmlos, »den Nachhaltigkeitsdiskurs neu zu positionieren« und sich »von

harmonisierender Nachhaltigkeitsrhetorik« zu verabschieden. Es gebe »eben doch Konflikte zwischen Wachstumspolitik und Umweltschutz«. Da hört man Loriots Opa Hoppenstedt »ach was?« ausrufen.

Das Wirtschaften auf diesem Planeten natur- und menschenverträglich zu machen ist eine Daueraufgabe, ein fortwährendes Dilemma des Handelns in offenen, komplexen und ungenügend erforschten Systemen. Wer das als konventionelles Problem darstellt, das direkt lösbar sei, durch Vereinfachung, Priorisierung oder schlichtes »Umdenken«, offenbart ein grundlegendes Missverständnis. Schon die Klage darüber, dass das Ökonomische gegenüber dem Sozialen und Ökologischen priorisiert werde, ist eine Vereinfachung. Sie erlaubt nur, das Ökonomische in der Verfassung der Gewinnvermehrung zu denken. Sicher, ohne Umdenken geht nichts. Man stelle sich nur einmal vor, was möglich würde, wenn die Ökonomie das Prinzip der Effizienz und ihrer Steigerung auf ganz andere Ziele richtete als auf die Geldvermehrung.

MANFRED MOLDASCHL



ist Inhaber eines Lehrstuhls für Innovationsforschung und nachhaltiges Ressourcenmanagement an der Technischen Universität Chemnitz

NICO STEHR



ist Inhaber des Karl-Mannheim-Lehrstuhls für Kulturwissenschaften an der Zeppelin Universität Friedrichshafen